

102/AB
vom 20.01.2025 zu 101/J (XXVIII. GP)

 Bundeskanzleramt

bundeskanzleramt.gv.at

Bundesministerin für
Frauen, Familie, Integration und Medien

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie, Integration
und Medien

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.844.970

Wien, am 20. Jänner 2025

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Hafenecker, MA, Kolleginnen und Kollegen haben am 20. November 2024 unter der Nr. **101/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „LGBTQ‘-Propaganda auf Steuerkosten“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 7:

1. *Welche Projekte im Zusammenhang mit „LGBTQ“-Themen wurden durch Ihr Ressort in der laufenden Legislaturperiode beauftragt/unterstützt/gefördert/initiiert? (Bitte um Auflistung)*
2. *Welche Kosten entstanden im Zusammenhang mit der Beauftragung/Initiierung/Unterstützung/Förderung von Projekten/Vorhaben betreffend „LGBTQ“-Themen? (Bitte um Auflistung der Kosten des jeweiligen Projekts)*
3. *Mit welchen Kooperationspartnern wurden diese Projekte/Vorhaben umgesetzt? (Bitte um Auflistung)*
4. *Nach welchen Kriterien wurden die Kooperationspartner ausgewählt?*

5. Gab es in Ihrem Ressort eine Zusammenarbeit/Kooperation mit folgenden Vereinen/Initiative/Gruppierungen in der laufenden Gesetzgebungsperiode?

- Verein HOSI Wien
- Verein Courage – Die Lesben- und Schwulenberatung
- Queer Base – Welcome and Support for LGBTIQ Refugees
- transX – Verein für Transgender Personen
- Verein RosaLila PantherInnen
- FAmOs – Familien Andersrum Österreich
- Verein queerconnexion
- Verein „EfEU“
- TeachForAustria: „Ein Regenbogen für die Schule“
- „Bildungsinitiative queerfacts“

Verein QWien - Zentrum für queere Geschichte

a. Wenn ja bitte um Aufschlüsselung von Zahlungen und jeweiligen Projekten!

6. Welche Maßnahmen wurden durch Ihr Ressort gesetzt, um die „LGBTQ“-Indoktrination bzw. Frühsexualisierung von Minderjährigen durch Kooperationspartner zu verhindern?

7. Was rechtfertigt die Kooperation/Förderung/Unterstützung Ihres Ressorts gegenüber Gruppen, die u.a. biologische Fakten leugnen und Kindern einreden, es gäbe mehr als zwei Geschlechter?

In der laufenden Legislaturperiode – beginnend mit 24. Oktober 2024 – wurden keine Förderentscheidungen im Sinne der oben genannten Fragestellung getroffen oder weitere Projekte im Rahmen von Förderungsaufgrufen ausgewählt.

Hinsichtlich der bestehenden Förderungen darf auf das Transparenzportal <https://transparenzportal.gv.at/tdb/tp/startpage> hingewiesen werden.

Zu den Fragen 8, 11 und 12:

8. Wurden die Inhalte von Veranstaltungen/Workshops/Vorträgen mit externen Partnern im Bereich „LGBTQ“ dem Ressort vorab zur Kenntnis gebracht bzw. zur Genehmigung vorgelegt?
 - a. Wenn nein, warum nicht?
11. Gab es in Ihrem Ressort Förderungen oder Beauftragungen von sogenannten „Drag Queens“?
 - a. Wenn ja, in welchem Zusammenhang und zu welchen Kosten?

12. Erfolgten Beauftragungen von externen Partnern für Projekte im Bereich „LGBTQ“ mittels Ausschreibung?

- a. Wenn ja, wie konnte hier die Preisangemessenheit beurteilt werden?
- b. Wenn nein, warum nicht?

Es sind keine Veranstaltungen, Förderungen oder Beauftragungen im Sinne der Fragestellungen bekannt.

Zu den Fragen 9 und 10:

9. Unterhält Ihr Ressort eine eigene Untergliederung/Abteilung für „LGBTQ“-Themen?

- a. Wenn ja, welche Kosten entstehen dadurch?
- b. Wenn ja, wie viele Mitarbeiter sind dort beschäftigt?

10. Gibt es in Ihrem Ressort eigene Schulungen/Vorträge für Ressortangehörige im Bereich „LGBTQ“?

- a. Wenn ja, welche Kosten entstehen in diesem Zusammenhang?
- b. Wenn ja, werden dafür auch externe Kooperationspartner hinzugezogen? (Bitte um Auflistung)
- c. Wenn ja, welche Inhalte werden bei diesen Schulungen/Workshops, etc. behandelt?
- d. Wenn ja, ist die Teilnahmen für Ressortangehörige verpflichtend?

Ich verweise auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 120/J vom 20. November 2024 durch den Bundeskanzler.

MMag. Dr. Susanne Raab

